

**AntragstellerIn:**

Name/Fachbereich/Gruppe FB A.Ge.Soz.

**Antragsinhalt:**

Der Studierendenrat möge beschließen,

*Dass die Finanzordnung folgendermaßen geändert wird:*

*§15 (3) Finanzanträge können nur bewilligt werden, wenn sie vor ihrer Fälligkeit beantragt worden*

sind. Finanzanträge, die von Satz 1 abweichen, müssen mit absoluter Mehrheit im zuständigen

Gremium genehmigt werden und sind zu begründen.

*Zu*

*(3) Finanzanträge können nur bewilligt werden, wenn sie vor ihrer Fälligkeit beantragt worden*

sind. Finanzanträge, die von Satz 1 abweichen, müssen mit absoluter Mehrheit **im StuRa** genehmigt werden und sind zu begründen.

**Begründung:**

*Finanzanträgen, welche erst nach ihrer Fälligkeit beantragt werden, werden in der Regel schneller ausgezahlt, als solche, die vor ihrer Fälligkeit beantragt werden. So provoziert die in der bisherigen Finanzordnung vorgesehene Regel Situationen, in welchen der AstA Gelder freigemacht hat, die bereits verwendet wurden, ohne jedoch, dass der StuRa Möglichkeit zum Einspruch erhielt. Dieser Einspruch wäre zwar theoretisch möglich, bliebe in der Regel praktisch allerdings ohne Wirkung, da es für alle beteiligten Parteien kompliziert ist, bereits vom StuRa ausgezahltes Geld wieder zurückzuzahlen. Aus Perspektive des StuRa und damit der Studierendenschaft drohen Szenarien, in welcher in die Studierendenschaft bereits vom AstA bewilligten Geldern hinterherläuft. Dies erachten wir insofern als problematisch, da die Entscheidungskompetenz des AstA über Gelder nur als Entlastung für den StuRa installiert wurde. Die neue Regelung würde in der Praxis hingegen den StuRa und damit das zentrale Gremium der*

*Studierendenschaft von der Entscheidung ausschließen. Auch halten wir die Möglichkeit des Einspruchs durch das StuRa Präsidium im AStA für unzureichend, da diese Regelung die Annahme impliziert, das StuRa Präsidium wisse über jegliche mögliche Kontroversen in der Studierendenschaft.*